



www.dkp-bremen.org

Bremer



Rundschau

1. Oktober 2018

Infoblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Bremen

# Tag der älteren Generation

mit Themen zur Gesundheits-, Renten- und Sozialpolitik

## Gesundheitspolitik



19.200 Tote  
durch vermeidbare Fehler

30.300 Pflegekräfte  
(Vollzeitstellen) abgebaut

162.000  
fehlende Vollzeitstellen

Gesundheit ist ein Menschenrecht und eine staatliche Kernaufgabe. Dafür zahlen wir Steuern und Sozialabgaben. Wer sagt eigentlich, dass hier eine schwarze Null anzustreben ist? Oder gar die Erzielung von Gewinnen, wozu eine „Kommunalanstalt öffentlichen Rechts“ wie z.B. bei uns in Bremen die Gesundheit Nord [GeNo] nach §102 GemO gesetzlich verpflichtet wäre? Bis Ende 1985 durften die Krankenhäuser keine Gewinne machen. Dass Gesundheit zur Ware wird, die sich immer weniger Leute leisten können, haben Regierungen jeglicher Couleur erst durch diverse Gesetzesänderungen möglich gemacht. Doch immer wieder schrillen die Alarmglocken. Angeführt werden steigende Baukosten wie beim Neubau im Klinikum Mitte, höhere Personalkosten oder enge Budgets der Kassen.

Bis 2004 haben die Krankenkassen die Betriebskosten, die in der Klinik anfielen, übernommen. Seitdem die „Fallpauschalen“, die sogenannten DRGs eingeführt wurden, bekommen die Krankenhäuser nur noch einen Pauschalbetrag und müssen die Patienten möglichst kostensparend versorgen. Bei ambulanter Behandlung, besonders schwerwiegenden Erkrankungen oder Unfällen wird oft nur ein kleiner Teil der Kosten erstattet. Für die Patient/Innen bedeutet das: Weniger Leistungen bei ständig wachsenden Zuzahlungen. Krankenhäuser, die den Standard halten wollen, oder mehr Patient/Innen behandeln müssen, als vorhergesehen, werden finanziell abgestraft. Die Zukunftsvision der herrschenden Politik hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens besteht aus Marktorientierung und Privatisierung, was das faktische Ende der GKV (also der Gesetzlichen Kranken Versicherung) bedeutet und das jede vierte stationäre Einrichtung vom Markt gefegt ist.

Schon die bereits beschlossenen Gesetzesänderungen im Gesundheitswesen haben zu einer scharfen Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern geführt. Das von verschiedenen Rationalisierungsunternehmen angekündigte „Vom-Markt-fegen“ ist bereits in vollem Gang. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di haben bisher nur einige Klinikprivatisierungen durch Streiks und kreativen Widerstand bundesweit verhindern können, aktuell etwa in Stuttgart.

In Bremen tagt der GeNo-Konzernaufsichtsrat gerne hinter verschlossenen Türen und sorgt dafür, dass der Pflegenotstand mehr oder weniger erhalten bleibt und keine teure Personalaufstockung erfolgt. Als Alibi muss immer wieder der Neubau des Klinikums Mitte erhalten bzw. der mehrere Millionen schwere Investitionsstau der Bremer Gesundheitsbehörde. Bundesweit wird die krasse Unterbezahlung der Pflege- und Funktionskräfte betont, anstatt durch Höherbewertung der Arbeit und durch entsprechende Lohn/Gehaltserhöhungen mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Gesundheitspolitik"

Wir sehen, die finanzielle Realität im deutschen Gesundheitswesen, die Kämpfe zwischen Personal und Geschäftsleitungen offenbaren den Widerspruch zwischen privatisiertem Gesundheitswesen und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein Gesundheitswesen, das auf Profit orientiert, geht immer zu Lasten des Personals und der Patienten! Es geht letztlich um unser Interesse an einem öffentlichen und demokratisch kontrollierten Gesundheitswesen, unabhängig vom Geldbeutel der Betroffenen. Menschen statt Profite! ♦

## Altenpflege am Limit

### 13 000 neue Stelle reichen bei Weitem nicht

Matthias Grub, ver.di - im Gespräch mit der UZ - Zeitung der DKP



*Die Gewerkschaft ver.di, die DKP sowie andere fortschrittliche Kräfte in der BRD bewerten die Schaffung von 13 000 Stellen in der Altenpflege als einen ersten Schritt, die jedoch das Problem der schlechten Arbeitsbedingungen nicht lösen würden. Wie sehen diese Arbeitsbedingungen zur Zeit aus?*

13 000 Stellen sind in der Tat kein großer Wurf. Wir haben bundesweit mehr als 13 000 stationäre Einrichtungen, das ist also im Durchschnitt nicht mal eine Pflegekraft pro Einrichtung. Entlastung sieht anders aus. Wir sagen: Da fehlt 'ne Null – Wir bräuchten eher 130 000 Stellen. Gerade erst hat der DGB eine Umfrage vorgelegt, in der Pflegekräfte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt werden. Die Ergebnisse sind erschreckend, aber wir kennen die Schilderungen des Arbeitsalltags seit vielen Jahren, weshalb sie uns nicht überraschen.

Weil zu wenig Personal eingesetzt wird, kommen Pflegekräfte regelmäßig an den Rand ihrer Belastbarkeit, oft gehen sie auch darüber hinaus. Sie nehmen keine Pausen, machen Überstunden, springen spontan für erkrankte Kolleginnen und Kollegen ein, obwohl sie eigentlich endlich mal einen freien Tag gehabt hätten. Ihre Dienstzeiten sind nicht planbar, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unter diesen Bedingungen fast unmöglich. 80 Prozent der Pflegekräfte fühlen sich bei der Arbeit gehetzt, viele berichten davon, bei der Qualität der Versorgung Abstriche machen zu müssen, um die Arbeit einigermaßen zu schaffen. Mit einem schlechten Gewissen und mit Tränen in den Augen den Dienst zu verlassen ist keine Seltenheit. Das macht auf Dauer krank. Und das sieht man auch in den Statistiken: Pflegekräfte sind häufiger und länger krank als andere Beschäftigte. Viele verlassen erschöpft und resigniert nach wenigen Jahren den Beruf. Jede/r Vierte wirft schon während der Ausbildung hin.

Wie gesagt, brauchen wir dringend deutlich mehr Personal. Allein um bundesweit auf das Niveau des Bundeslands mit der bislang besten Personalausstattung zu kommen, bräuchten wir 63 000 zusätzliche Stellen. Und damit ist immer noch kein gutes Versorgungsniveau gesichert. Bis 2020 soll zwar ein Instrument zur Personalbemessung entwickelt werden. Das dauert uns aber zu lang.

Wir schlagen vor, dass der Schlüssel 1:2 angelegt wird, bis es valide Zahlen gibt. Also wenn eine Einrichtung 100 Bewohnerinnen und Bewohner hat, muss sie mindestens 50 Vollzeit-Pflegekräfte beschäftigen.

Außerdem braucht es eine deutlich bessere Bezahlung und einen höheren Urlaubsanspruch als gesetzlich vorgegeben. In vielen privaten Einrichtungen gilt nur der gesetzliche Urlaubsanspruch von 20 Tagen. Da sich viele, vor allem kommerzielle Arbeitgeber Tarifverhandlungen verweigern, ist es sinnvoll und gut, wenn der Arbeitsminister einen Tarifvertrag auf die gesamte Altenpflege flächendeckend erstreckt. Das steht im Koalitionsvertrag und das fordern wir ein. Denn wenn die Arbeitgeber nicht freiwillig anständig bezahlen, müssen sie dazu gezwungen werden.



**Bessere Pflege bedeutet: Arbeitsbedingungen verbessern – vor allem durch mehr Personal.**

## Rentenpolitik



Vor über 30 Jahren hatte der damalige Arbeitsministers Norbert Blüm Plakate verbreitet mit der Losung „Denn eins ist sicher: Die Rente.“ Heute wissen wir, dass das Rentenniveau für viele Menschen in die Nähe der Sozialhilfe abgeleitet.

Unsere Sorgen gegenüber der Altersarmut sind also mehr als berechtigt, denn auch die Sicherung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2025 ist für viele Kolleginnen und Kollegen der Eintritt in die

Altersarmut und letztlich immer noch eine Kürzung des Rentenniveaus, was 1990 bei **55 Prozent** lag! Bundesbank, Unternehmerverbände, Jugendverbände von CDU und FDP schlagen vor, das Renteneintrittsalter auf 69-70 Jahre zu erhöhen. Die SPD begnügt sich dagegen mit der Anhebung auf 67 Jahre, die sie unter Schröder durchsetzte. Sie rechnet es sich als Verdienst an, dass Menschen mit 45 Beitragsjahren sich neuerdings schon mit 63 zur Ruhe setzen könnten. Die sozialreaktionäre AfD will, dass Arbeitnehmer gegebenenfalls auch nach dem 67. Lebensjahr noch arbeiten müssen. Denn: Laut AfD soll es kein festes gesetzliches Renteneintrittsalter mehr geben! Rente bekommt derjenige, der 45 Beitragsjahre nachweisen kann. 70 Prozent schaffen das schon heute nicht!

Die DKP tritt dafür ein, *dass künftig alle Einkommensarten – nicht nur die bisher Sozialversicherungspflichtigen, sondern auch Beamte, Selbstständige, Bezieher(innen) von Mieten und sonstigen Einkünften von Vermögen nach Leistungsfähigkeit in die Rentenversicherung einzahlen und gemäß ihrem Bedarf Leistungen empfangen.* Das wäre Umverteilung von oben nach unten, und die ist aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse in Deutschland bisher tabu. **Dabei würde es die steigende Arbeitsproduktivität erlauben, dass auch bei geringerer Erwerbstätigenzahl immer mehr Rentnerinnen und Rentner versorgt werden können.**

Diese politische Realität in unserem Land führte bei vielen Menschen zur Resignation, denn wer lange genug mit dem Kopf an die Wand gerannt ist, lässt es irgendwann bleiben. Der politische Druck ist aus zwei Gründen gering: Für nicht wenige der jetzigen RentnerInnen ist die Lage erträglich. Es reicht gerade noch. Viele Junge kümmern sich nicht um ihre künftigen Alterseinkünfte, denn ein Blick auf ihre aktuellen Lohn- und Gehaltskonten zeigt ihnen, dass es ihnen ziemlich egal sein kann, wie hoch das gesetzliche Renteneintrittsalter sein wird. Das Erwerbseinkommen der jetzigen beruflich aktiven Generation ist deutlich niedriger als das ihrer Vorgängerinnen. Dementsprechend niedrig werden auch ihre Rentenanwartschaften sein. Deshalb wird seit Langem für private Zusatzversicherungen geworben. Wer aber nicht genug verdient, kann sich auch diese nicht leisten und wird im Alter arbeiten müssen, bis er oder sie umfällt, gleichgültig, wie hoch das offizielle Renteneintrittsalter sein wird. Die einzigen Profiteure der Privatisierung sind private Versicherungskonzerne. ♦

### Die Mütterrente

Wir Frauen in der DKP treten dafür ein, die Mütterrente für alle Mütter ohne Einschränkungen wie Kinderzahl oder Geburtsjahre der Kinder gelten zu lassen.

Wir fordern, dass die Mütterrente nicht von unseren Rentengeldern bezahlt wird, sondern zu 100 Prozent aus Steuermitteln finanziert wird.





Die DKP unterstützt die Forderung nach einer **"Solidarischen Bürgerversicherung"**, die die Krankenversicherung aller sicher stellen würde. In diese Versicherung zahlen alle Bürgerinnen und Bürger von der Art und Höhe ihres Einkommens den gleichen Anteil aller Einkommensarten ein. So können auch die Reichen sich nicht mehr der solidarischen Umverteilung entziehen und die Finanzierung ist auch bei bestehender Arbeitslosigkeit auf eine bessere Grundlage gestellt.

Dieses gesundheitspolitische Projekt käme statt der 15 Prozent nach heutigem Stand, mit ca. 9 Prozent Kassenbeitrag aus, um alle derzeit anfallenden Kosten im Gesundheitswesen zu decken und medizinische Neuerungen tatsächlich allen zugutekommen zu lassen. **Gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle!**

## Wie das kapitalistische System Fluchtursachen schafft

Der Ausbau der EU-Flüchtlingsabwehr war ein zentraler Schwerpunkt der Afrikareise von Bundeskanzlerin Angela Merkel im August dieses Jahres. Wie Regierungskreise bestätigten, hat Merkel nach ihren Gesprächen in Senegal, in Ghana und in Nigeria über Schritte verhandelt, um die Flucht von Menschen vor Armut, Hoffnungslosigkeit und Krieg zu unterbinden und die Abschiebung von Flüchtlingen aus Deutschland zu erleichtern. In Umfragen gaben fast die Hälfte der befragten Senegalesen und rund drei Viertel der befragten Ghanaer und Nigerianer an, ihr Land verlassen zu wollen. Die Ursachen dafür sind krasse Armut und eine dramatische Jugendarbeitslosigkeit. Unternehmen aus der EU vernichten systematisch ihre Arbeitsplätze, indem etwa senegalesische Küstengewässer leergefischt und damit Senegals Fischereibranche schwer geschädigt wird. Ghana mit Dumpinggeflügel überschwemmt und damit die einheimische Geflügelbranche in den Ruin getrieben wird. Gespräche über den Stopp derlei fluchtverursachender EU-Praktiken standen selbstredend nicht auf Merkels Programm. ♦

## Lehrer oder Kampfjet



Die Kultusministerkonferenz schätzt, dass bis 2030 die Zahl der SchülerInnen in Deutschland um 2,5 Prozent auf 11,2 Millionen ansteigen wird. Es müssten in den nächsten Jahren 2 500 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden, um das heutige Verhältnis zwischen Lehrer und Schülern beizubehalten. Schon heute fehlen vielerorts LehrerInnen. Immer größere Klassen und Unterrichtsausfall sind die Folge. In einer Meldung weist die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend darauf hin, dass die Kosten für ein **Militärflugzeug dem entsprechen**, was die 2500 Lehrer für ein Jahr kosten würden. ♦

**uz** Sozialistische Wochenzeitung Zeitung der DKP [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

Entlastung Des arbeitslosen Bauarbeiters muss sozialer Fortschritt sein, wenn Fortschritt nicht nur sein wird.

100 Prozent Würstchen "Würstchen" wurde zum neuen SPD-Wort der Woche.

**Thema der Woche** DKP im Wahljahr 2017 Am 23. März beginnt mit der Landtagswahl in Baden-Württemberg die Wahlperiode der 17. Legislaturperiode. Die DKP hat die Wahlkampfstrategie für die Wahlperiode 2017 bis 2021 entwickelt.

**70 Jahre VVN** Erinnerungstag in Paderborn. Am 17. März 1947 wurde die VVN in Paderborn gegründet. Die VVN ist die einzige deutsche Organisation der ehemaligen KZ-Häftlinge. Die VVN hat die Aufgabe, die Interessen der ehemaligen KZ-Häftlinge zu vertreten und sie zu unterstützen. Die VVN hat die Aufgabe, die Interessen der ehemaligen KZ-Häftlinge zu vertreten und sie zu unterstützen.

**Vasallen proben den Aufstand** Beim G-20-Treffen in Baden-Baden wirkt die Trump-Regierung isoliert

**70 Jahre VVN** Erinnerungstag in Paderborn. Am 17. März 1947 wurde die VVN in Paderborn gegründet. Die VVN ist die einzige deutsche Organisation der ehemaligen KZ-Häftlinge. Die VVN hat die Aufgabe, die Interessen der ehemaligen KZ-Häftlinge zu vertreten und sie zu unterstützen.

Ordern Sie kostenlos für 6 Wochen die UZ-Wochenzeitung der DKP zum Kennenlernen  
CommPressVerlag GmbH  
Hoffnungstraße18, 45127 Essen



Telefon: 0201/177889-23  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)  
V.i.S.d.P. Jürgen Karbe, Bremen